

# Privatgeschäft Knast

NJ 23.06.20

In der JVA Burg werden nur noch die Wärter vom Staat bezahlt. Die anderen Angestellten kommen von externen Firmen

Von Roland Heine

Es ist schon hart, doch Holger Johannes Lüth lässt sich nichts anmerken. Auf dem Plastik-Teller vor ihm liegt ein undefinierbares Stück Fleisch, die Panade ist etwas verbrannt, dafür ist der Mischgemüsebrei daneben ziemlich blässlich. Lüth greift zum Besteck und fängt an – für ihn ist das Dienst. Als Leiter der Justizvollzugsanstalt Burg bei Magdeburg verkostet er täglich das Essen für die Gefangenen. Neben ihm liegt ein Protokoll, das unterschrieben werden muss. Erst dann wird das Essen – in diesem Fall, so der erste Eindruck des Verkosters, Schweineschnitzel – ausgegeben.

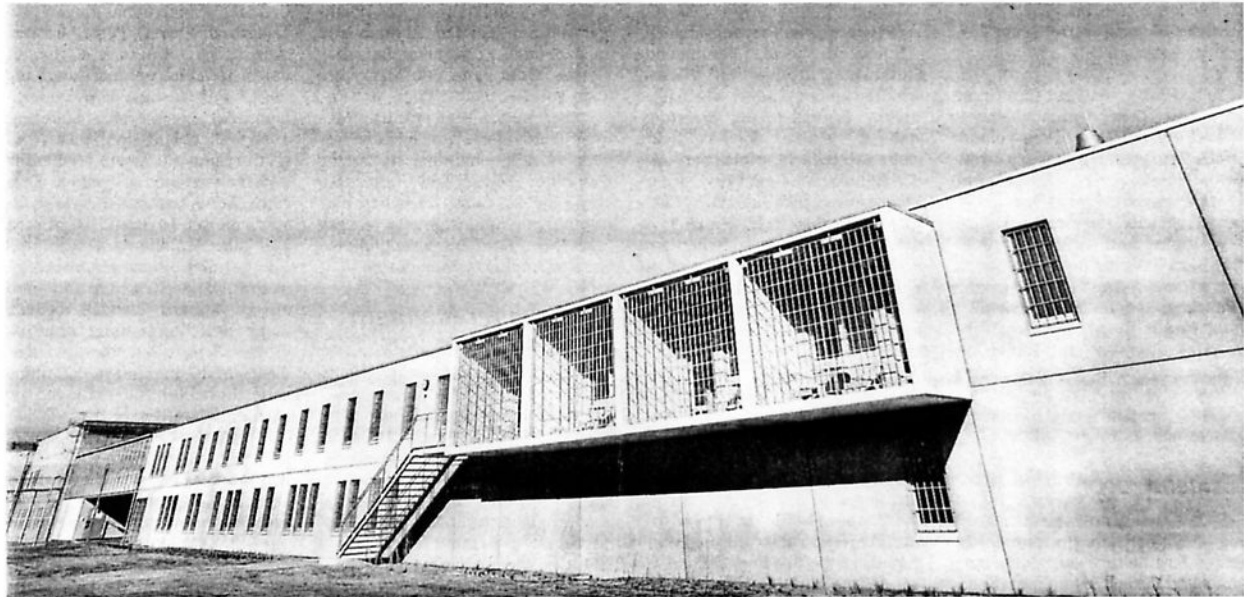
Zuständig für die Küche der JVA ist ein Privatunternehmen, die Essener Firma KÖTTER Services, vor allem bekannt als Sicherheits- und Gebäudedienstleister. Dass bestimmte Versorgungsdienste von Privaten übernommen werden, ist Alltag im Strafvollzug. Ungewöhnlich ist jedoch, wenn wie in Lüths JVA von insgesamt 350 Beschäftigten etwa 100 bei Privatfirmen angestellt sind. Nirgendwo in Deutschland wurden Private bislang so umfassend in Bau und Betrieb einer Haftanstalt eingebunden wie in Burg.

Anstaltsleiter Lüth weiß, dass seine 2009 eröffnete JVA deshalb unter Beobachtung steht. Und er nimmt sich beim Rundgang durch die weitläufige, hochmoderne Anlage mit Werkanlagen, riesiger Sporthalle und Außensportplatz viel Zeit für Erklärungen.

## Sogar ein Radweg

Tatsächlich gibt es gewichtige Einwände gegen das Modell, das zu den PPP-Projekten Sachsen-Anhalt gehört. PPP ist die Abkürzung von Public-Private-Partnership (öffentlich-private Partnerschaft) und bezeichnet das Finanzieren und – fallweise – das Betreiben staatlicher Einrichtungen durch Private. Derzeit existieren rund 150 PPP-Projekte in Deutschland, vor allen Amtsgebäude, Schulen, Infrastrukturobjekte. Seit 2006 gibt es PPP auch im Strafvollzug.

Auch in Sachsen-Anhalt ist der PPP-Trend der Kassenlage geschuldet: Land oder Kommune haben kein Geld für dringend notwendige Investitionen, ein privater Investor springt ein und baut. Anschließend wird das Objekt an die öffentliche Hand verkauft oder langfristig vermietet – wo es Geld bringt, übernehmen die Privaten



Gitter vorm Balkon: die Räume für Langzeitbesuche in der JVA. Die Aussicht ist eher mäßig – gegenüber liegt die Verwaltung samt Büro des JVA-Chefs. Foto: dpa

auch gern den eigentlichen Betrieb. In der JVA Burg, sagt Lüth, werden nicht nur Verwaltung, Wartung oder Reinigung von einer privaten Projektgesellschaft erledigt, sondern auch die medizinische Versorgung, der psychologische Dienst, der Sozialdienst oder die Sport- und Freizeitgestaltung. Selbst die Sekretärin des Landesbediensteten Lüth kommt aus dieser Gesellschaft, die aus dem Mannheimer Bauriesen Bilfinger Berger und Kötter besteht. Die Dienstleister halten uns den Rücken frei, sagt Lüth, und wenn etwa eine Kamera kaputt geht, dann müssen die sich kümmern.

Den Unternehmen bringt ein PPP-Modell, mehr Unabhängigkeit von der schwankenden Konjunktur, neue Geschäftsfelder, auf Jahre sichere Einnahmequellen. Doch ob Land oder Kommunen langfristig ebenfalls Vorteile haben, wird von Kritikern vielfach bezweifelt. Beim Strafvollzug stellt sich zudem die Frage, ob der Staat auch nur Teile eines derart sensiblen Bereiches – schließlich geht es um Freiheitsrechte – gewinnorientierten Unternehmen überlassen darf.

Für Lüth allerdings ist klar: Sachsen-Anhalt, dessen marode Haftanstalten etwa in Naumburg dringend geschlossen werden mussten, hätte eine solche hochmoderne Anlage derzeit kaum bauen können. »Und schon gar nicht in

dieser Geschwindigkeit.« Tatsächlich brauchte das Betreiberkonsortium nur knapp zwei Jahre, um den 22-Hektar-Komplex mit seinen 658 Haftplätzen zwischen die Getreidefelder nahe der A2 zu setzen. Keine Wachtürme, junge Ahorn an der Zufahrtstraße, sogar ein Radweg – von weitem wirkte die lang gestreckte JVA wie ein Werksgelände, stünden da nicht hunderte Lichtmasten. Proteste gegen den Bau gab es nicht, im Umkreis von mehreren Kilometern stehen nur ein Dutzend Häuser.

Gleich nach Fertigstellung gab es sogar einen Tag der offenen Tür, der Infobereich hatte damals unter anderem Kissen mit dem Spruch »Hier sitzen Sie sicher – und bequem« im Angebot. Ersteres stimmt: Selbst gegen Luftbefreiungen sind Vorkehrungen getroffen – die meisten Freiflächen sind mit Seilen überspannt.

## PPP-Vertrag ist geheim

Dagegen ist Bequemlichkeit der tristen Zwölf-Quadratmeter-Zellen für die Insassen – Gefangene mit einer Mindeststrafe von drei Jahren sowie Sicherungsverwahrte aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen – eher eingeschränkt. Dennoch: Wer aus einem der alten Gefängnisse hierher verlegt wurde, dürfte froh sein etwa über den separaten WC-Bereich in jeder Zelle.

Dem ganzen Projekt liegt ein 3000-Seiten-Vertrag zugrunde, wonach Sachsen-Anhalt die JVA für 25 Jahre mietet und dann übernimmt. Dafür muss das Land 512 Millionen Euro zahlen. Zu investieren hatte das Konsortium laut Lüth allerdings zunächst einmal nur 97 Millionen Euro. Da die Privaten sichere Überweisungen der öffentlichen Hand bekommen, werden für sie zudem die Zinsen für etwaige Bankkredite besonders günstig.

Auf dem großen Innengelände präsentiert JVA-Leiter Lüth gern die große, frei stehende Eiche dort: »Die steht unter Naturschutz, die JVA musste sozusagen um den Baum herum gebaut werden.« Ansonsten weiß man jedoch nicht so genau, welche Vereinbarungen diesem PPP-Projekt eigentlich zugrunde liegen. Laut Ausschreibung muss es dem Land einen »Effizienzvorteil gegenüber staatlicher Eigenrealisierung« von mindestens zwölf Prozent bringen. Doch ob das so kommt, ist ungewiss – bislang gibt es keine belastbaren Zahlen. Und überhaupt: Der PPP-Vertrag ist Verschlussache.

Beim Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands hat man deshalb auf Vergleiche mit ähnlichen JVA zurückgegriffen. Danach, so der Gewerkschaftschef Anton Bachl, ist der »Bau der JVA Burg als PPP-Projekt (...) deutlich teurer geworden als die Einrichtung einer

entsprechenden Einrichtung in Eigenregie des Landes«. Ohnehin würden mit PPP »notwendige Investitionen lediglich zu Lasten künftiger Generationen in die Zukunft verlagert«. Ähnliches stellten 2009 die Präsidenten der Landesrechnungshöfe warnend fest.

Nicht weit von der Eiche klappt vor einer Wand ein Loch im Lehmbofen. Im Februar war Wasser in JVA-Kellergänge eingedrungen, jetzt werde am Bau noch einiges überprüft, sagt Lüth. In den Landesmedien tauchte damals die Befürchtung auf, der Baugrund könnte grundsätzlich ungeeignet sein – immerhin zeichnet der Pfuschspezialist Bilfinger Berger verantwortlich. Regionale Medien schrieben, dass sogar sicherheitsrelevante Bereiche von dem Schaden betroffen waren. Unsinn, sagt Lüth. Übrigens gebe es bei den meisten Neubauten zunächst Mängel, die dann im Rahmen der Gewährleistung abgestellt würden.

Aufklären lasse sich auch diese Sache derzeit kaum, sagt Eva von Angern von der Linksfraktion im Landtag, eben wegen der Geheimhaltung. PPP bedeute eine Einschränkung der demokratischen Kontrolle. »Klar ist hier nur eine einzige Zahl – die Summe, die das Land an die Betreibergesellschaft zahlen muss.« Zudem stelle das Land zu wenig Vollzugsbeamte ein, was in der Zukunft auf eine weitere

satz bei direktem Gefangenenkontakt hoheitsrechtliche Befugnisse des Staates. Denn in Grundrechte auch von Gefangenen dürfen eigentlich nur Staatsbedienstete eingreifen. Doch kann in einer akuten Konfliktsituation zwischen einem Gefangenen und einem Privaten tatsächlich stets ein Staatsbediensteter greifbar sein?

Je mehr das Land die Kontrolle verliert, desto mehr wächst auch die Gefahr, dass sich alles aufbläht, weil billigeren Verwahrvollzug reduziert, sagt von Angern. Zumal Niedriglöhne bei den Privaten auch irgendwann auf die Motivation durchschlagen. Delia Götke vom Landesverband für Straffälligen- und Bewährungshilfe hat da schon jetzt ihre Befürchtungen. Sie erhielt bereits eine ganze Reihe von Beschwerden über zu lange Wartelisten für Sozialisierungskurse in der JVA Burg. Im Zweifel aber kann die Teilnahme etwa an einem Antiaggressionstraining wichtig für die Entscheidung sein, ob ein Gefangener vorzeitig entlassen wird.

Man habe hunderte Gefangene in wenigen Monaten übernommen, sagt dazu der JVA-Chef, da ginge es nur mit Wartelisten. Die Zahl der Gefangenen, bei denen auf eine vorzeitige Entlassung orientiert wird, will Lüth nicht nennen. Aber er deutet unter Hinweis auf die Klientel in der JVA an, dass es nicht sehr viele sind. Wer noch zehn Jahre hier sei, könne sein Antiaggressionstraining auch später machen, sagt er.

### **Der Irrtum des Chefs**

Hinter den großen Fenstern der Stationszentrale Sicherungsverwahrung ist es heiß an diesem Tag, die Vollzugsbeamten haben die Tür zum vergitterten Raucherplatz aufgerissen. Insgesamt aber seien die Arbeitsbedingungen gut in der modernen JVA, erklärt einer der Bediensteten. Langfristig bedeutet der PPP-Knast für das staatliche Personal aber mehr Druck, stellt der Gewerkschafter Bachl fest: Da die Arbeitsplätze ohne ständigen Gefangenenkontakt in Burg von Privaten besetzt seien, stünden solche Stellen als Ausweichmöglichkeit für ausgebrannte Beamte nicht mehr zur Verfügung.

Zweifel hat die Gewerkschaft auch daran, dass alle Privaten für die Arbeit im Strafvollzug geeignet sind. Lüth sagt dazu, dass er bei allen Einstellungen mitreden könne, zudem stünde jedem privatisierten Bereich ein staatlicher Chef vor. Und: Die meisten Dienstleistungsverträge seien auf fünf Jahre befristet – das Land müsse bei Unzufriedenheit ja nicht verlängern.

Das Verkostungsprotokoll hat der JVA-Chef an jenem Tag natürlich unterschrieben. Auch wenn sich das vermeintliche Schweineschnitzel bei Lektüre des Speiseplans als Hühnerbrust entpuppte.